Nachrichten und Tagesblatt

für Bad Warmbrunn und das Riesengebirge

Neue Folge der Warmbrunner [illegible]

Erscheint täglich außer den Tagen nach Sonn- und Festtagen — Beilagen: Sonntags: eine Illustrierte; wöchentlich: „Der Heimatfreund“. — Bezugspreis: frei Haus vierteljährlich 2.60 M., monatl. 0,70 M. Bei Abhol. von der Geschäftsst. viertelj. 1.60 M. monatl. 0,55 M. Durch die Post vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 0,80 Mk.

Anzeigenpreis [illegible] Millimeterzeile oder deren Raum 75 Pfg., Reklamezeile 7[illegible] Pfg. [illegible] nach Vereinbarung. — Bei Ausbruch von Konkursen, bei gerichtlichen Beitreibungen [illegible] Verträge oder bei Nichteinhaltung der Zahlungsfrist erlischt der Anspruch auf Nachlaß. Preis der Reklamen von 75 bezw. 7[illegible] Pfg. in Kraft.

Verbreitetstes Publikations-Organ für Bad Warmbrunn und Umgegend

Schriftleitung, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Warmbrunn, Buchdruckerei, Voigtsdorferstr. — Fernsprecher 115. — Telegramm[illegible] — Postscheckkonto 6704 Breslau

Nummer 299 | Sonnabend, den 21. Dezember 1918. | 76. Jahrgang

Matrosenherrschaft.

Der Rätekongreß scheint es nicht für überflüssig zu halten, sich auch für die Art und Weise, wie die Matrosen die „Errungenschaften der Revolution“ für ihre Zwecke nutzbar machten, etwas näher zu interessieren. Man weiß, sie dienten als Stoßtrupp für die innere Umwälzung, für den Sturz des Militarismus. Von Kiel aus pflanzten sie ihre Arbeit an der [illegible]erlante entlang fort, gingen dann nach Hannover, von [illegible] westlich ins Rheinland, östlich in das Brandenburgische, bis sie plötzlich, Tausende an der Zahl, auch in Berlin zur Stelle waren und hier ihr Werk krönen konnten. Die Berliner waren nicht wenig verwundert, sich seit dieser Zeit unter dem Schutz von Matrosenwachen gestellt zu sehen und erst nach zwei, drei Wochen von der Bildung einer Volksmatrosendivision zu hören, deren Stab sein Hauptquartier im Königlichen Schlosse aufgeschlagen hatte. Von da aus hatten sie es sehr nahe zum Marstallgebäude, wo sie sich schon am ersten Tage der Revolution niedergelassen hatten.

Plötzlich tauchte ein Zentralrat der Matrosen auf, dessen Leitung in wenigen Tagen mehrmals wechselte. Man hörte etwas von Ablösung der Marstallbesatzung, weil diese sich drüben im Schloß nicht vorschriftsmäßig benommen haben sollte; man las von Protesten der Matrosenräte in Wilhelmshaven und Kiel, in Eckernförde und Friedrichsort gegen gewisse Beschlüsse der Berliner Instanzen, und auch zwischen diesen und den zentralen Stellen der soldatischen Formationen schien es Reibungen zu geben, die nur mühsam unterdrückt werden konnten. Aber die Berliner Matrosen ließen nicht locker: sie hielten fest an dem Anspruch, einmal die oberste und die gesamte Befehlsgewalt für die Marine in allen ihren Teilen zu verkörpern und dann unternahmen sie den Versuch, die leitenden Männer des Reichsmarineamts und des Admiralstabes zu einfachen Vollzugsorganen ihres Willens zu machen. Um allen diesen selbstgewählten Aufgaben zu genügen, bildeten sie einen großen Ausschuß, den 53er Ausschuß, der also den Vollzugsrat der Groß-Berliner ASR an Vielköpfigkeit noch übertrifft und neuerdings durch einen elfgliedrigen Arbeiterausschuß noch fast um ein weiteres Dutzend von Mitarbeitern vermehrt worden ist. Der Kieler Gouverneur, Abgeordneter Noske, schilderte vor der Reichskonferenz am Mittwoch die Ungeheuerlichkeiten, zu denen diese Einrichtung führt. Eine ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Reichsmarineamts ist kaum noch möglich, alle Arbeiten werden verschleppt, und selbst Dinge, die der allerschleunigsten Regelung bedürfen, bleiben tagelang liegen, weil das „zuständige“ Ausschußmitglied, ohne dessen Unterschrift die Sache nicht abzutun ist, sich eine halbe Woche hindurch überhaupt nicht blicken läßt. Dabei brennen uns die im Waffenstillstandsvertrag übernommenen Verpflichtungen auf den Nägeln, und die Entlassung der Marinemannschaften kann den Matrosenräten nicht rasch genug vonstatten gehen. Durch diese Verhältnisse werden die verantwortlichen Leiter in der empfindlichsten Weise bei notwendigen Aufgaben behindert. Auch ein Delegierter aus Kiel, ein einfacher Mann, offenbar aber Besitzer unverkennbar gesunden Menschenverstandes, schlug in die gleiche Kerbe wie Noske. In Kiel kommen die Matrosenräte mit den Offizieren vortrefflich aus, weil bei Entscheidungen sachkundige Beratung nicht verschmäht wird. Außerdem haben die Kieler nicht den Ehrgeiz, in möglichst großer Zahl vertreten zu sein, sondern ihr Grundsatz ist: möglichst wenig, aber möglichst gute und gescheite Köpfe. Dabei wird, das ist ihre feste Überzeugung, die Sache, der sie mit Herz und Hand dienen wollen, am besten fahren.

Die Berliner Matrosen mußten diese Wahrheiten entgegennehmen. Aber noch viel anderes liegt gegen sie vor. Der Sicherheitsdienst, soweit er sich in ihren Händen befindet, scheint nicht in allen Fällen gut aufgehoben gewesen zu sein. Wenigstens sind wiederholt sehr lebhafte Beschwerden gegen sie laut geworden, und auf die Dauer vermögen die Berliner wirklich nicht zu begreifen, warum sie unter die Bewachung stadtfremder Leute gestellt bleiben sollen, nachdem doch inzwischen heimische Truppen in mehr als ausreichender Zahl sich in der Reichshauptstadt versammelt haben. So hieß es denn auch vor einer Woche etwa, Stadtkommandant Wels habe die Absicht, die Matrosen nunmehr wieder in ihre angestammten Garnisonen zu entlassen; von anderer Seite wurde behauptet, daß die Matrosen selbst den Wunsch hätten, Berlin den Rücken kehren zu können. Aber sofort meldeten sich die ewig Mißtrauischen: hier würden offenbar kontrerevolutionäre Pläne geschmiedet, man wolle diese zuverlässigen, bewährten Leute aus Berlin entfernen, um freie Hand zu haben für dunkle Machenschaften im Dienste des gestürzten Regimes. Die angeblichen Soldatenvertreter, die in den Rätekongreß am Dienstag eindrangen, legten vor diesem feierlich Protest ein gegen diesen — verbrecherischen, hieß es ja wohl? — Anschlag. Was aus der Sache noch werden mag, kann unter solchen Umständen niemand wissen. An der Tatsache ist jedoch nicht zu rütteln, daß die Mehrzahl der Berliner von ihrer ausgesprochenen Vorliebe für die Matrosen so ziemlich kuriert ist.

Dr. Sy.

Der Rätekongreß.

(Vierte Sitzung.) *CB.* **Berlin, 19. Dezember.**

Bei Beginn der heutigen Sitzung teilte der Vorsitzende Leinert mit, daß die demokratische Fraktion auf 24 Mitglieder gestiegen ist und sich konstituiert hat. Zum Vorsitzenden wurde gewählt Schmidthals aus dem Kreise Wehlau. Ferner gelangt eine Erklärung der Fraktion der geeinigten revolutionären Arbeiter und Soldaten zur Verlesung, in der sie als Leitstern ihres Handelns auf diesem Kongreß die Zurückstellung des Fraktionsstreites hinter die großen Aufgaben, die die Revolution gestellt hat, verkündet. Als Aufwandsentschädigung wird den Teilnehmern des Kongresses 30 Mark für den Tag bewilligt. Die Heimreise erfolgt auf amtlichen Freifahrschein. Hierauf wurde in die Beratung des wichtigsten Gegenstandes der Tagesordnung eingetreten:

Nationalversammlung oder Rätesystem?

Cohen-Reuß erstattet das Referat und schildert die trostlose Lage, in der sich Deutschland befindet. Ungeheure Kriegskosten sind abzutragen. Den Feinden müssen hohe Kriegsentschädigungen gezahlt werden. Die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens wird Milliarden erfordern. Für Rohstoffe aus dem Ausland müssen wir wegen der gesunkenen Valuta das Doppelte, ja das Dreifache bezahlen. Gelingt es uns nicht, unsere Wirtschaft in Ordnung zu bringen, so wird es noch schlimmer. Wir können die gigantischen Aufgaben nur lösen, wenn es uns gelingt, alle schaffenden Kräfte des deutschen Volkes zusammenzufassen. (Beifall.) Bleibt es in Deutschland bei der jetzigen Desorganisation, so gehen wir einer Katastrophe entgegen.

Nur eine starke Zentralgewalt kann uns helfen,

die sich stützt auf das feste Fundament des allgemeinen Volkswillens. (Beifall.) Keine Zentralgewalt wird im Inland oder Ausland sich Beachtung verschaffen können, wenn sie nicht getragen ist von der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes. (Beifall.) Das einzige Organ, diesen Willen des Volkes festzustellen, ist die allgemeine deutsche Nationalversammlung, zu der jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau in allen Gebieten, die zu Deutschland gehören wollen, wählen kann. (Beifall.) Die ASR sind niemals Organe des allgemeinen Volkswillens. Die Arbeiterschichten haben Unrecht, die die deutsche Revolution zu einer bloßen Lohnbewegung herabgedrückt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Man kann von den Unternehmern nicht mehr an Löhnen verlangen, als ein Betrieb überhaupt Werte erzeugt. Wir haben es ferner mit

ernsten Loslösungsbestrebungen

zu tun. (Sehr richtig!) Gerade wir sollten bedenken, daß für diese Loslösungsbestrebungen starke wirtschaftliche Interessen sprechen. Die Loslösungsbestrebungen im Westen werden nur Erfolg haben, wenn die rheinisch-westfälische Wirtschaft zu der Überzeugung kommt, daß Deutschland nicht mehr reorganisiert werden kann. (Sehr richtig!) Die Deutsch-Österreicher sind uns im Reiche willkommen, und wir erklären, daß wir uns ein geeintes Reich ohne die Volksgenossen in Österreich überhaupt nicht mehr vorstellen können. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Nur die deutsche Nationalversammlung kann auch die moralische Autorität aufbringen, um sich im Inland und Ausland Beachtung zu verschaffen. Bisher ist das auch das Programm der deutschen Sozialdemokratie gewesen (Sehr richtig), und nicht nur bei uns, selbst in Rußland haben die Besten jahrzehntelang für dieses Ideal gekämpft. Erst dem Bolschewismus war es vorbehalten, hier eine Änderung eintreten zu lassen. Aber auch der Bolschewismus war zunächst für die Konstituante und erst als sie eine ihm nicht genehme Mehrheit aufwies, jagte er sie auseinander. (Zuruf: Er hat zugelernt!) Man wird dort drüben noch einiges hinzulernen müssen. (Beifall.)

Die Diktatur einer Minderheit ist unvereinbar mit Karl Marx,

der immer nur an eine Diktatur der Mehrheit gedacht hat. Mit Marx hat der russische Bolschewismus nichts, aber auch gar nichts zu tun. (Sehr richtig!) Der Bolschewismus in Rußland hat aber den Sozialismus auf Jahrzehnte hinaus diskreditiert. (Lebh. Beifall.) Wir in Deutschland müssen außerdem bedenken, daß wir im Augenblick einen Mangel an Rohstoffen haben, und wenn nichts zum Sozialisieren da ist, kann eben der Sozialismus nicht eingeführt werden. Wenn wir in Deutschland Lebensmittel in Hülle und Fülle hätten, dann lägen die Dinge anders, dann könnten wir uns auf Experimente einlassen. Man sagt, die Wahlen zur Nationalversammlung würden keine sozialistische Mehrheit bringen. Ich verstehe diesen Kleinmut nicht. (Zustimmung.) Die Wahlen, die seit der Revolution stattgefunden haben, beweisen, daß die Massen uns in hellen Scharen zuströmen. (Beifall.) Je eher die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, desto sicherer werden sie eine sozialistische Mehrheit bringen. Die Kreise der Unabhängigen, die in dieser Frage auf unserem Boden stehen, müssen bei den Wahlen mit uns zusammengehen. Aber wir brauchen auch die bürgerlichen und intellektuellen Kreise. Den Einfluß dieser Kreise dürfen wir nicht unterschätzen. In Rußland hat der Streik der Intelligenz im November 1917 die ganze Revolution lahmgelegt. Bei uns wäre die Folge eines solchen Streikes der völlige Zusammenbruch und der

Einmarsch der Entente.

Es kann nicht bestritten werden, daß dieser Einmarsch erfolgen wird, wenn die Entwicklung sich nicht im Rahmen der Ordnung bei uns vollzieht.

Björn Björnson hat mir erst jetzt mitgeteilt, daß der französische Gesandte in Christiania sich dieser Tage so geäußert hat: „In Berlin stehen die Dinge günstig für uns. Wenn es so weiter geht, können wir in vier Wochen dort sein.“ (Hört, hört!)

„Im Augenblick spricht gar nichts für eine Revolution bei den Ententevölkern. Auf diesen Sandhaufen können wir keine Häuser bauen. Über selbst wenn es in Frankreich und Italien zu Revolutionen käme, könnten wir vielleicht bessere Friedensbedingungen bekommen, niemals aber das wichtigste, was wir brauchen, nämlich Nahrungsmittel und Rohstoffe. Diese Dinge bekommen wir von England und Amerika, und wie kann man ernsthaft glauben, daß diese antisozialistischen Länder der Welt jetzt nach einem siegreichen Kriege Revolution machen werden.“ Der Redner hebt gegenüber den Anschuldigungen der ASR mit deren verdienstvolle Seiten hervor, aber die Aufgaben der Nationalversammlung könnten sie nicht erfüllen. Weil die uns bedrohenden Gefahren so groß und so nahe sind, bitte ich Sie, mit großer Mehrheit für meinen Antrag zu stimmen, der verlangt, daß die

Wahlen für die deutsche Nationalversammlung am 19. Januar

stattfinden. [illegible] (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Es [illegible] für Aufklärung der Massen im [illegible] ja wirklich nicht schwer, im gegenwärtigen Augenblick [illegible] Sozialismus zum Siege zu führen. [illegible] Deutschland wollen wir unseren [illegible] (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Unter anderen Anträgen liegt auch einer vor, der die Wahl der Nationalversammlung bis zum 16. März hinausschieben will. Der zweite Berichterstatter Däumig-Berlin nimmt einen dem Vorredner entgegengesetzten Standpunkt ein. Die jubelnde Zustimmung zur Nationalversammlung ist gleichbedeutend mit dem Todesurteil für das Rätesystem. (Beifall und Zischen.) Das Rätesystem entstand 1905 in Rußland, und wenn es 1918 in Deutschland elementare Wurzeln faßte, so deshalb, weil es die gegebene Organisationsform der modernen Revolution ist und sein muß. Aber diesem Rätesystem hängt ja der Ludergeruch des Bolschewismus an. Wir lassen uns durch diesen Popanz nicht irre machen. So wie das parlamentarische System eine historische Notwendigkeit der alten bürgerlichen Demokratie war, so ist das Rätesystem die notwendige Ausdrucksform der sozialistischen Gesellschaft. Als Sie Cohen, der die Nationalversammlung und den frühen Wahltermin forderte, so lebhaft applaudierten, haben Sie Ihr eigenes Todesurteil gesprochen. Nationalversammlung und Rätesystem nebeneinander — das ist Schall und Rauch. Der Redner spricht dann weiter gegen die Nationalversammlung und sagt: Die deutsche Revolution ist nicht abgeschlossen, sie geht ihren Gang weiter, und wenn Sie es nicht verhindern, so wird die neue Revolution, die soziale, vor Sie hintreten und Sie fragen, warum Sie das Pfund verschleudert haben, das die Revolution Ihnen gegeben hat.

In der Aussprache

wendet sich Haas-Köln gegen Däumig. Wir wollen die Nationalversammlung, je eher, desto besser, sonst treiben wir einem allgemeinen Wirrwarr und dem größten Elend entgegen. Heckert-Chemnitz ist gegen die Nationalversammlung und für das Regiment der Räte. Wir lassen uns durch den Bolschewismus nicht verängstigen. Wenn wir im März keine Lebensmittel und keine Rohstoffe mehr haben, wird auch der deutsche Proletarier dem Bourgeois das Mehr abnehmen.

Ein Antrag Dr. Laufenberg (Hamburg) will zur Herbeiführung einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung eine Einigung der sozialistischen Massen herbeiführen. Voraussetzung dafür aber soll sein, daß alle kompromittierten Führer abtreten. Henzerling (Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung) tritt für die Nationalversammlung ein. Leider sei es durch das Treiben Ledebours, Liebknechts und ihrer Freunde bereits soweit gekommen, daß Hunderttausende nicht mehr arbeiten wollen. Dr. Laufenberg (Hamburg) meint, die Nationalversammlung werde nur eine Halbheit bleiben wie alles, was bisher geschehen ist und sagt, man könne unter den Bolschewismus denken wie man wolle, er sei eine große politische Erscheinung.

Aus der Versammlung wird der Wunsch ausgesprochen, mit der Tagung heute noch zu Ende zu kommen. Es werden dann noch verschiedene Erklärungen abgegeben über die 450 000 Frank, die der Vollzugsrat verbraucht hat und die im Berliner Schloß gefunden sein sollen. Auch über andere, angeblich im Generalstabsgebäude beschlagnahmte Gelder wird gesprochen, ohne daß Klarheit erzielt wird.

Auszug der Minderheit.

In der Nachmittagssitzung provozierte der Unabhängige Lepinski eine Erklärung der Reichsleitung über die nach dem gestern angenommenen Antrag Lüdemann dem Zentralrat übertragene Überwachung der Reichsleitung. Die von Haase gegebene Interpretation genügte den Unabhängigen und Linksradikalen nicht. Nachdem ihr Antrag auf Unterbrechung der Sitzung abgelehnt worden war, verließ ein Teil von ihnen den Saal, um im Herrenhause zu einer geheimen Beratung zusammenzutreten.

Nach diesem Zwischenfall wird die Beratung über die Nationalversammlung fortgesetzt. Volksbeauftragter Haase bejaht die Notwendigkeit der Nationalversammlung, bestreitet aber die beschleunigte Wahl. Reaktionäre aller Parteien sprächen sich für sofortige Wahlen aus. Das mache ihn bedenklich.

Alles drängt zum Schluß. Die Redezeit ist beschränkt, nur 10 Minuten sind jedem Redner zugebilligt, manche begnügen sich sogar mit einer erheblich kürzeren Frist. Nur der Präsident der Bühnengenossenschaft, der bekannte Schauspieler Rickelt, der als Arbeiterrat hierher entsandt wurde, muß des öfteren vom Vorsitzenden erinnert werden, daß seine Redezeit abgelaufen sei.

Nach Erschöpfung der Rednerliste wird die Einberufung einer Nationalversammlung und die Ansetzung der Wahl auf den 19. Januar n. J. angenommen.

Der [illegible]

Vor der Abstimmung tritt noch Scheidemann in kurzer Rede für die Nationalversammlung ein und erntet starken Beifall.

Referent und Korreferent halten ihre Schlußansprachen. Die Volksbeauftragten, die offenbar eine eilige Kabinettssitzung abgehalten haben, erscheinen wieder, ebenso auch die Unabhängigen, die sich vor zwei Stunden in das Herrenhaus zurückgezogen hatten, kommen nahezu vollzählig wieder zurück.

Die Abstimmung über die Anträge ergab eine 4/5 Mehrheit. Einer der letzten Anträge, über die abgestimmt wurde, wendet sich gegen alle Absplitterungs- und Loslösungsbestrebungen im Reiche.

Kurze markige Worte des Abschiedes seitens des Vorsitzenden Löbe und das erste sozialistische Vorparlament Deutschlands schloß seine Tagung.

Nationalversammlung und besetztes Gebiet.

Protest gegen die Verkehrsbeschränkung.

In der Waffenstillstandskommission zu Spaa fanden Besprechungen über die Beschränkung der Verkehrssperre zwischen den besetzten Gebieten und dem übrigen Deutschland zwecks Durchführung der Wahlen zur Nationalversammlung statt. Der Vertreter der deutschen Regierung überreichte eine Note, in der schleunige Beseitigung dieser Verkehrsbeschränkungen erbeten wurde, und fügte hinzu, daß es nicht nur im deutschen Interesse liege, wenn baldigst geordnete und verfassungsmäßige Zustände in Deutschland hergestellt würden. Dies sei die Hauptaufgabe der Nationalversammlung, in der auch die Bevölkerung der linksrheinischen Gebiete vertreten sein müßte.

Der französische Vertreter befürchtet, daß viele Unruhe stiftenden Elemente hin- und herreisen würden. Die Verhandlungen werden weitergeführt.

*

Amerikas Friedensprogramm.

Wie aus London als zuverläßlich gemeldet wird, sind die grundlegenden Instruktionen für die amerikanischen Friedensdelegierten folgende:

1. der Völkerbund als Teil des Friedensvertrages,
2. soll die Freiheit der Meere eines der wichtigsten Prinzipien bilden, die der Völkerbund festzulegen hat; letzteres damit es Amerika erübrigt werde, eine Flotte zu bilden, die groß genug wäre, um als Schiedsmann zwischen die eine oder die andere Macht zu treten,
3. sollen die amerikanischen Delegierten die gerechten Ansprüche gegen Deutschland festsetzen und die geeigneten Arten der Zahlung,
4. trotzdem die Verhandlungen vertraulich geführt werden, sollen die letzten Verhandlungen öffentlich sein.

Endlich sollen die Friedensdelegierten als Vertreter einer neuen Weltordnung, aber nicht als Herren dieser Weltordnung erscheinen. Es soll kein Friede geschlossen werden, der Haß hinterläßt, aus dem dann wieder neue Kriege entstehen könnten.

Die Verhältniswahl.

Schutz der Minderheiten. — Listensystem. — Vorschlagslisten. Mandatsverteilung nach d'Hondt. — Einfache Listenwahl. Verbundene Listen. — Nicht zu beseitigende Mängel.

Das in dem Reichswahlgesetz der deutschen Republik vorgesehene Wahlverfahren schließt sich genau an die Beschlüsse des Reichstages über die Verhältniswahlen an, nur daß jetzt die Verhältniswahl für das ganze Reich durchgeführt wird. Das Wesen der Verhältniswahl besteht darin, den Parteien so viel Abgeordnetensitze zuzuteilen, als dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen zur Gesamtzahl der Stimmen entspricht, um so den Nachteil der reinen Mehrheitsentscheidung zu beseitigen, daß große Minderheiten im Parlament unvertreten bleiben.

Es handelt sich nun darum, diesen Zweck durch ein möglichst sicheres und nicht zu verwickeltes Verfahren zu erreichen. Man hat deshalb von den verschiedenen Systemen das gemeinsame übernommen, daß nur auf Grund von Wahlvorschlägen abgestimmt werden darf. Mindestens hundert Wahlberechtigte müssen einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Der Wahlvorschlag darf nicht mehr Namen von Kandidaten enthalten, als im Wahlkreise zu wählen sind. An diese den Wahlkommissaren eingereichten und von ihnen veröffentlichten Wahlvorschläge ist die Wählerschaft gebunden. Für die Verteilung der Mandate wird das System des Belgiers d'Hondt angewandt, das die Gewähr gibt, daß immer die größeren Stimmenzahlen Berücksichtigung finden. Das System besteht darin, daß nach Feststellung der Stimmenzahl der einzelnen Listen, sie nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt und von den sich ergebenden Zahlen soviel Höchstzahlen abgesondert werden, als Abgeordnete zu wählen sind. Ein Beispiel soll die Sache erläutern:

Angenommen, in einem Wahlbezirk seien fünf Abgeordnete zu wählen. Es sind 175 000 Stimmen für sechs Vorschlagslisten abgegeben und zwar:

Liste A	60 000	Stimmen
„ B	50 000	„
„ C	24 000	„
„ D	20 000	„
„ E	15 000	„
„ F	6 000	„

Dann würde sich nach dem d'Hondtschen System ergeben:

Dividiert durch:

	1	2	3	4	5
A	**60 000**	**30 000**	20 000	15 000	12 000
B	**50 000**	**25 000**	16 666	12 500	10 000
C	**24 000**	12 000	8 000	6 000	4 800
D	20 000	10 000	6 666	5 000	4 000
E	15 000	7 500	5 000	3 750	3 000
F	6 000	3 000	2 000	1 500	1 200

Die fünf Höchstzahlen sind fettgedruckt. Liste A erhält demnach zwei Abgeordnete, Liste B ebenfalls zwei und Liste C einen Abgeordneten.

Nach der neuen Wahlordnung ist nun auch die Verbindung von Listen zugelassen, wodurch auch die kleinsten Minderheiten in der Lage sind, einen Kandidaten durchzubringen. Nehmen wir, um bei unserem Beispiel zu bleiben, an, daß die Wähler der Liste D und F ein Abkommen geschlossen hätten, ihre Wahlvorschläge zu vereinigen. In diesem Falle gelten beide Listen als ein Wahlvorschlag. Es darf indessen aus mehreren Listen nicht ein Vorschlag gemacht werden, sondern die Wähler müssen sich für die eine oder die andere Liste entscheiden. (Die Verbindung spielt nur bei der Verteilung der Mandate eine Rolle.) Die Stimmen von D und F werden dann zusammengezählt und es würde sich folgendes Stimmenverhältnis ergeben:

Liste A	60 000	Stimmen
„ B	50 000	„
„ C	24 000	„
„ D } „ F }	26 000	„
„ E	15 000	„

Die Verteilung würde sich dann folgendermaßen gestalten:

Dividiert durch:

	1	2	3	4	5
A	**60 000**	**30 000**	20 000	15 000	12 000
B	**50 000**	**25 000**	16 000	12 500	10 000
C	24 000	12 000	8 000	6 000	4 800
D } F }	**26 000**	13 000	8 600	6 500	5 200
E	15 000	7 500	5 000	3 750	3 000

Hier hat also Liste A zwei Sitze, Liste B zwei Sitze und die verbundene Liste D und F einen Sitz errungen. Je nachdem nun auf die Kandidaten der Liste D oder der Liste F mehr Stimmen abgegeben sind, wird das auf den gemeinsamen Vorschlag entfallende Mandat verteilt. Die Bestimmung der von den einzelnen Listen gewählten Kandidaten erfolgt der Reihe nach. Die Parteien werden also die Namen der Kandidaten, deren Wahl sie vor allem wünschen, an die Spitze der Liste stellen.

Sicher haften auch diesem Wahlsystem Mängel an, die nur ausgeglichen werden könnten, wenn das ganze Reich ein Wahlbezirk würde. Damit aber würden auch die Schwierigkeiten der Wahl ins Ungeheure wachsen.

M. A. D.

Die Alliierten gegen die ASR.

Marschall Fochs Ablehnung.

Gegenüber mancherlei lautgewordenen Zweifeln an der ablehnenden Stellungnahme des Vielverbandes gegenüber den ASR wird auf folgende Darstellung der Waffenstillstandskommission verwiesen.

Der ASR Kreuznach hatte am 12. Dezember drahtlich beim Auswärtigen Amt angefragt, ob Ausreise und Rückkehr der in den besetzten Gebieten lebenden Delegierten zur Tagung der ASR in Berlin sicher gewährleistet sei.

Staatssekretär Erzberger setzte sich darauf mit dem alliierten Oberkommando in Trier in Verbindung. Im Laufe der Verhandlungen wurde dem Staatssekretär Erzberger mitgeteilt, daß **die Entente die ASR unter keinen Umständen anerkenne.**

Staatssekretär Erzberger wollte sich mit diesem Bescheide nicht begnügen, sondern wünschte eine Entscheidung des Oberkommandierenden Foch zu hören. Gelegenheit hierzu bot eine gemeinsame Sitzung am 13. Dezember. In dieser Sitzung wurde dem Marschall Foch der ablehnende Bescheid seines Vertreters vorgelegt. Der Marschall erklärte dazu ausdrücklich, daß der Entscheid durchaus seiner und der Alliierten Auffassung entspreche. Da auch der englische Admiral Wemyß beipflichtete, steht nunmehr fest, daß die Entente die ASR nicht anerkennt.

*

Auflösung von ASR.

Der britische Generalgouverneur in Köln hat angeordnet, daß sich in den von den britischen Truppen besetzten rechts- und linksrheinischen Gebieten die ASR jeglicher Einwirkung auf Staats- und Kommunalbehörden, sowie der Einmischung in Verwaltungsangelegenheiten zu enthalten haben. Die ASR haben ihre gesamte Tätigkeit unverzüglich einzustellen und sich auch der Benutzung staatlicher und gemeindlicher Gebäude und Einrichtungen zu enthalten. Diejenigen ASR, die der Anordnung des britischen Generalgouverneurs entgegenhandeln, sind sofort namhaft zu machen. Die englischen Militärbehörden werden dann gegen sie einschreiten.

Spartakus als Landesverräter.

Feindliche Besetzung erwünscht!

Berlin, 19. Dezember.

Wie sich in den Köpfen der Spartakusleute die Welt malt, darüber unterrichtet uns der Vorwärts, und zwar in so bezeichnender Weise, daß jedes weitere Wort dazu überflüssig ist. Danach wurde eine rechtsrheinische Zeche, die nach der von der Entente besetzten linksrheinischen Stadt Neuß Gas zu liefern hat, in den Ausstand getrieben. Dadurch können die Waffenstillstand bedingungen nicht erfüllt werden, und es steht die feindliche Besetzung bevor. Über die ganze Angelegenheit entwickelte sich nun nach dem Vorwärts zwischen dem Vertreter der Spartakisten und dem ASR folgendes Zwiegespräch:

ASR: „Die Bergarbeiter werden durch ihre Organisation vertreten, die verhandeln mit dem Zechenverband. Streiks sind jetzt zu vermeiden, wir brauchen Kohle." — — Spartakist: „Wir vertreten die Arbeitermassen. Der Streik erhöht die revolutionäre Energie." — ASR: „Wenn die Kohlennot noch größer wird, wächst die Arbeitslosigkeit und wir bekommen Krawalle." — Spartakist: „Das schadet nichts, das wollen wir gerade!" — ASR: „Entstehen Krawalle, dann bekommen wir feindliche Besetzung!" — Spartakist: „Das wollen wir gerade! Die feindliche Besetzung wird auch revolutioniert, die Revolution muß so weitergetrieben werden!"

Dieser Spartakist wurde dann auf Anweisung des Bezirkssoldatenrates Dortmund wegen landesverräterischer, gegenrevolutionärer Absichten verhaftet. Dieses Verfahren, bemerkt wieder der Vorwärts dazu, ist nach Lage der Sache heute das beste Mittel, um die wahnsinnigen Fanatiker zu hindern, durch Bergarbeiterstreiks, Werkszerstörung und ähnlichen Akten die Kohlennot ins Unerträgliche zu steigern, die Kohlenpreise noch weiter in die Höhe zu treiben, unabsehbare Krawalle zu provozieren und dadurch auch das rheinisch-westfälische Kohlenrevier in die feindliche Besetzung einzubeziehen.

Schlußdienst.

(Depesch- und Korrespondenz-Meldungen.)

Verkehr nach dem besetzten und neutralen Gebiet.

Berlin, 19. Dez. Die Erlaubnis zur Heimreise in Gebiete, die von den alliierten Heeren besetzt sind, sowie zum Verkehr innerhalb derselben und zur Ausreise wird von den alliierten militärischen Ortsbehörden erteilt. Im neutralen Gebiet müssen diesbezügliche Gesuche durch die Befehlshaber des entsprechenden Abschnittes der neutralen Zone an die Militärbehörde der Alliierten gerichtet werden.

Kein Geld mehr für die Unabhängigen.

Berlin, 19. Dez. Wie der frühere russische Botschafter Joffe seinem hiesigen Rechtsanwalt mitteilt, befinden sich in Deutschland noch über 10½ Millionen Rubel, die von Rußland für die Revolution in Deutschland, insbesondere für die Unabhängigen bestimmt waren. Joffe hat nun angeordnet, daß den Unabhängigen davon nichts mehr ausgezahlt werden soll.

Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Berlin, 19. Dez. Nach einem soeben erlassenen Reichsgesetz können Geschlechtskranke zwangsweise einem Heilverfahren unterworfen, insbesondere auch in ein Krankenhaus gebracht werden. Wer, trotzdem er geschlechtskrank ist, Geschlechtsverkehr ausübt, wird mit Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft. Die Ärzte sind verpflichtet, derartige Kranke auf die angedrohte Strafe aufmerksam zu machen.

Claus von Grimberg

Roman von M. W. Sophair.

(1[illegible] ung [Nachdruck verboten.]

Von Furcht und Verdruß über den ihr gespielten Streich zur Verzweiflung getrieben, entschloß sich Amanda, unverzüglich selbst nach Grimberg zu gehen. Dieser Entschluß stand in vollem Einklang mit ihrem Charakter. Sie lief nach oben in ihr Zimmer und nahm Hut und Mantel. Das Schloß war so groß und so von Gästen angefüllt, jeder in Anspruch genommen, daß sie unbemerkt zum Garten hinaus gelangte. Schnell fand sie den Fahrweg, jagte ihn hinunter, kam, ohne aufzufallen, an der Parkpforte vorbei und schlug nun die Richtung ein, die ihrer Meinung nach nach Grimberg führen mußte. Da hörte sie plötzlich das Geräusch von Wagenrädern hinter sich. Sie blieb im Schatten eines Baumes stehen. Schwerfällig rasselte das Gefährt heran. Jetzt erkannte sie beim Lichte seiner Doppellaternen die gelbe Farbe, es war die kaiserliche Post. Nun trat sie auf die Chaussee und winkte dem Postillon. Sie fragte ihn, ob er auch den Weg nach Schloß Grimberg fahre.

„Ich komme am Park von Grimberg vorüber", entgegnete er. „Wollen Sie mit auf den Bock? Es sind noch dreiviertel Stunden Weges bis dahin."

„Darum wollte ich Sie gerade bitten", sagte sie und schwang sich behende auf den hohen Sitz.

Während Amanda die Zeit recht, recht lang wurde, fand der galante „Schwager" gerade das Gegenteil. Er hielt sie offenbar für die Zofe einer Hamburger Dame, die auf einem der umliegenden Schlösser zu Besuch war. Nach einer endlosen Zeit sagte er: „Hier ist Grimberg, Fräulein. Das Schloß liegt nicht weit vom Fahrweg."

Zu seinem größten Erstaunen beharrte die Zofe darauf, daß er für den ihr geleisteten Dienst ein recht ansehnliches Trinkgeld annahm.

Junker sah ihn scharf an.

„Natürlich, wenn Sie die Hypotheken mit allen Rückständen und Kosten bezahlen, können Sie Ihre Bilder in Stücken schneiden oder zu Feuerwerk verwenden. Andernfalls aber warne ich Sie —"

„Wenn ich Ihren Rat brauche", unterbrach Grimberg ihn hochfahrend, „werde ich Sie darum ersuchen und dafür — zahlen."

„Ganz recht", entgegnete der andere mit spöttischem Grinsen. „Trotzdem ist es meine Pflicht, Sie zu warnen, daß, solange die Hypotheken auf Schloß und Gut lasten, Sie kein Recht haben, irgendeinen Teil darauf zu beschädigen oder zu zerstören."

„Danke schön", entgegnete Grimberg mit stolzer Gleichgültigkeit. „Ich nehme also an, daß ich durch Vernichtung des Bildes, die mir hoffentlich gelungen ist, und die damit verbundene Entwertung eines Gegenstandes gesetzliche Buße und Strafe zu gewärtigen habe."

„So ist es!"

„Dann wäre es das beste, Sie ließen gleich morgen früh das Gesetz gegen mich zur Anwendung bringen. Ich beabsichtige nämlich, heute abend noch sämtliche Ahnenbilder der Reihe nach zu vernichten. Sie können wohl die Zeit bis zur nächsten Woche nicht abwarten?"

„Vielleicht, da mir ja doch alles gehört! Jedenfalls warne ich Sie nochmals, Herr von Grimberg, vor weiteren Verhandlungen dieser Art, es geht Ihnen sonst sehr schlecht."

„Ich tue das, was mir beliebt. Haben Sie mir sonst noch etwas mitzuteilen?"

Der Wink ließ keine zweifelhafte Auslegung zu, doch rührte der Alte nicht von der Stelle. Er sah sich im Eßsaal mit der dem anderen als frech erscheinenden Miene des Besitzers um.

„Noch gehört Grimberg nicht Ihnen, das muß ich wiederholen?! Verlassen Sie mich jetzt!"

Junker blickte ihn unter den buschigen Augenbrauen [illegible]rig an. „Sie wissen doch, wenn bis zum nächsten Donnerstag keine Zahlung erfolgt ist, so lasse ich alles mit Ex[illegible]ng belegen."

„Gewiß weiß ich das. Ich habe ja den eingeschriebenen Brief Ihres Anwalts in Händen. Um mich daran zu erinnern, brauchen Sie nicht einen Augenblick lang hier zu bleiben."

Junker verzog die Mundwinkel zu einem abscheulichen Lächeln. „Da ich in der Zeitung lese, daß Sie Montag [illegible] Herzog und andere Herrschaften hier empfangen wollen, glaubte ich, daß es Ihnen gelungen wäre, einen Ausweg aus Ihren Schwierigkeiten zu finden."

„Vielleicht verhält sich das so. Jedenfalls ist es meine Sache. Vor Donnerstag geht es Sie nichts an!"

„Vielleicht nicht, wenn ich nämlich mein Geld von Ihnen bekomme. Ist das aber nicht der Fall, dann habe ich allerdings mit der Sache zu tun."

„Wirklich? Ich bin kein Jurist und kann Ihnen deshalb nicht folgen."

Mit dem Finger auf das Bild zeigend, sagte Junker „Gehört das am Ende zu den Vorbereitungen für Ihre großen Festlichkeiten am Montag?"

„Ich lasse mich von Ihnen nicht ins Kreuzverhör nehmen, Herr Junker." Grimberg war nur durch den Humor der Szene imstande, seinen Zorn in Zaum zu halten. „Solange ich hier noch Herr bin, betrachte ich es als mein gutes Recht, nach meinem Belieben zu schalten und zu walten."

„Man merkt allerdings, daß Sie kein Jurist sind, wenn Sie solche Anschauung haben. Wenn Sie, wie ich annehme, nicht imstande sind, die Hypotheken und Rückstände in nächster Woche zu zahlen, so besitzen Sie weder das gesetzmäßige noch moralische Recht, mutwillig irgendeinen Teil des Besitzes zu beschädigen, der Ihnen in Wirklichkeit gar nicht mehr gehört. Es handelt sich nur noch um eine Gnadenfrist, Sie sind bis Donnerstag nur hier geduldet."

„Aber Sie sind das nicht, Albert Junker!" In Grimbergs Augen blitzte es jetzt gefährlich auf, wenn er auch fast scherzhaft sprach. „Wenn Sie jetzt nicht machen, daß Sie fortkommen, so werfe ich Sie hinaus."

„Nehmen Sie sich in acht, Herr von Grimberg!"

„Nein! Ich mache mir ein besonderes Vergnügen daraus, die einst von meinem Großvater an Ihnen vollzogene Operation heute zu wiederholen."

Einen Moment glühten die Augen des alten Mannes voll Zorn. Dann beherrschte er sich. „Ich werde mich mit Vergnügen entfernen, sobald ich Ihre Zusage habe, keinen weiteren Schaden anrichten zu wollen."

(Fortsetzung folgt.)

Ein deutsches Außenhandelsamt.

Berlin, 19. Dez. Wie offiziös erklärt wird, schweben zurzeit Verhandlungen zwischen dem Auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsamt auf Errichtung einer neuen Behörde, in der die Angelegenheiten des Außenhandels bearbeitet werden sollen. In der Hauptsache handelt es sich hierbei um eine Auskunftsstelle über alle Fragen der Ein- und Ausfuhr, die als Informationsstelle für Behörden und Privatinteressenten gedacht ist. Als Kommissar des Auswärtigen Amts zur Einrichtung der neuen Behörde ist der frühere deutsche Generalkonsul in Newyork, Geheimer Legationsrat Falcke, ernannt worden. Auch das Reichswirtschaftsamt hat einen Kommissar delegiert.

Deutscher Schiffsraum für die Entente.

Paris, 19. Dez. Der amerikanische Lebensmittelkontrolleur Hoover erklärt, daß Fochs Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes über den Gebrauch von 2½ Millionen Tonnen deutschen Schiffsraum nicht im Namen Hoovers, sondern im Namen der Alliierten bekanntgemacht wurden. Die Bedingung lautete nicht, 2½ Millionen Tonnen ausschließlich zur Nahrungsversorgung Deutschlands zu bestimmen, sondern es heißt einfach, daß diese Menge Schiffsraum unter Aufsicht der Entente zusammenzubringen sei.

Die Gesamtverluste durch U-Boote.

London, 19. Dez. Die englischen Blätter bringen ein Telegramm aus Paris, demzufolge die Gesamttonnage der von den U-Booten versenkten Schiffe aller Nationalitäten 15 603 784 Tonnen beträgt. Im Vergleich mit dem Zustande vor dem Kriege hat sich das Welttonnenmaß um 1 811 584 Tonnen vermindert.

Das englisch-russische Marineabkommen von 1914.

Berlin, 19. Dez. Die deutsche Reichsregierung beginnt mit der Veröffentlichung von russischen Akten, in denen das im April 1914 erfolgte, gegen Deutschland gerichtete englisch-russische Marineabkommen näher beleuchtet wird. Dieses erfolgte im Anschluß an einen Besuch des Königs von England in Paris.

Der Verband und die deutsche Regierung.

Haag, 19. Dez. Wie hier verlautet, werden die Ententeregierungen in den allernächsten Tagen zur Frage der Kompetenz der jetzigen deutschen Regierung Stellung nehmen und ihren Standpunkt in einer offiziellen Erklärung festlegen.

Die Belgier beschlagnahmen deutsche Vermögen.

Brüssel, 19. Dez. Die belgische Regierung hat die Beschlagnahmung und Liquidierung deutscher, in Belgien ansässiger Firmen verfügt. Darunter befinden sich die Deutsche Bank, die Nationalbank und verschiedene Versicherungsgesellschaften.

Die Diktatur-Friedenskonferenz.

Genf, 19. Dez. Nach Meldungen Pariser Blätter bildet die nächster Tage beginnende Ententekonferenz unter Teilnahme Wilsons eine Fortsetzung der Londoner Besprechungen. Daran schließt sich eine Beratung aller Alliierten, während einer getrennt stattfindenden Tagung der Vertreter Deutschlands usw. das Ergebnis zur Kenntnis unterbreitet wird. Die Schlußsitzung der Friedenskonferenz allein wird die Vertreter beider Mächtegruppen vereinigen, soll aber lediglich in der Unterzeichnung des Friedensvertrages bestehen.

Krieg zwischen Italien und Südslawen.

Agram, 19. Dez. Der Konflikt zwischen Italienern und den Südslawen hat sich derartig zugespitzt, daß mit den Eröffnungen der Feindseligkeiten in Kürze zu rechnen ist.

Wilson fährt nach der Schweiz.

Genf, 19. Dez. Präsident Wilson hat die Einladung der Schweiz angenommen und wird in etwa einer Woche in Genf eintreffen.

Vermischte Meldungen.

Bergzabern, 19. Dez. Der französische Kommandant hat angeordnet, daß in den Volksschulen wöchentlich eine Stunde französischer Unterricht erteilt wird. Auch in anderen pfälzischen Orten erließen die Kommandanten der feindlichen Besatzungen ähnlche Befehle.

Cherbourg, 19. Dez. Fünf deutsche Unterseeboote sind aus Harwich hier am Arsenal eingetroffen.

Paris, 19. Dez. Die französischen Kriegskosten werden auf rund 200 Milliarden Frank angegeben.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

✚ Die Nachricht von **politischen Veröffentlichungen Hertlings**, die kürzlich durch die Presse ging, wird vom Grafen Hertling selbst als unrichtig bezeichnet. Dieser erklärt, daß er den von ihm seinerzeit im Plenum und Hauptausschuß des Reichstages gemachten Ausführungen nichts hinzuzusetzen habe.

✚ Wie ein soeben erlassenes Gesetz bestimmt, ist die **Zwangsvollstreckung** gegen einen Schuldner, der Kriegsteilnehmer ist oder war, bis zum 1. Juli 1919 nur mit Bewilligung des Vollstreckungsgerichts zulässig. Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn ihre Versagung nach den Umständen des Falles offenbar unbillig wäre. Vor der Bewilligung ist der Schuldner zu hören. Kriegsteilnehmer im Sinne dieser Verordnung sind auch die Personen, die vermöge ihres Dienstverhältnisses, Amtes oder Berufs zu den immobilen Teilen der Land- oder Seemacht gehören sowie diejenigen Personen, die sich in Ausübung des vaterländischen Hilfsdienstes im Ausland aufhalten.

✖ Über das künftige **Schicksal Estlands** gibt ein Telegramm Aufschluß, das die estnische Regierung an die englische gerichtet hat. In diesem wird erklärt, daß die provisorische Regierung von Estland die estnische Republik in Abwartung der Entscheidung der Friedenskonferenz unter den gemeinsamen Schutz der Ententemächte stellt.

✚ Der Bürgerrat von Groß-Berlin hat die **Einberufung eines Reichsbürgertages** auf den 5. Januar nach Berlin beschlossen. Hierzu werden alle Bürgerräte im Deutschen Reich und Deutsch-Österreich eingeladen, für je 100 000 Einwohner des von ihnen vertretenen Bezirks einen Delegierten, mindestens aber zwei Delegierte zu entsenden.

✚ Um eine **Wiederverwendung Dr. Solfs** in die Wege zu leiten, hat sich kürzlich eine Abordnung von vier Herren des Reichsverbandes der Kolonialdeutschen und des Soldatenrates beim Oberkommando der Schutztruppen bei dem Volksbeauftragten Ebert eingefunden, um ihm als Wunsch dieses Verbandes zu übermitteln, Solf nach seinem Ausscheiden aus dem Auswärtigen Amte mit der Leitung des Reichskolonialamtes auch weiterhin zu betrauen. Begründet wurde das Ersuchen damit, daß Solf über die durch langjährige Erfahrungen erworbenen Kenntnisse zur Beurteilung der Kolonialfragen verfügt und das besondere Vertrauen der Kolonialdeutschen ihm zur Seite steht.

✚ Über eine **besondere Friedensaktion Barths**, die in der umgehenden Entsendung einer Abordnung nach Versailles bestehen soll, hatte jener auf dem Kongreß der ASR Andeutungen gemacht. Volksbeauftragter Barth erklärt weiter dazu, diese Abordnung soll von der Entente das „Dictum" des Friedens erlangen, also einfach die Erklärung, daß die Entente den Frieden mit uns schließe. Die Ausführung dieses Dictums müsse natürlich Verhandlungen überlassen bleiben. Es sei aber notwendig, dieses zu erlangen, weil wir den Handel mit dem Auslande wiederherstellen müßten, um Rohstoffe und Nahrungsmittel hereinzubekommen. Eine Entscheidung über den Vorschlag Barths ist bisher im Kabinett nicht zu erzielen gewesen.

✚ Über die **russischen Geldlieferungen an Barth** durch den damaligen russischen Botschafter Joffe gibt letzterer erneut eine Erklärung ab, in der er sagt, daß er die zum Ankauf von Waffen bestimmten Gelder nicht unmittelbar an Barth gegeben habe, da ihm dieser kein großes Vertrauen einflößte. Das sei durch Mittelspersonen geschehen. Barth habe ihm, Joffe, aber später erklärt, er wisse genau, daß die mehrere Hunderttausend Mark von Joffe stammten, und Barth habe Joffe sogar Vorwürfe gemacht, daß er ihm die noch erbetenen 2 Millionen Mark nicht ausgehändigt habe.

Österreich.

✖ Sämtliche Parteien des Abgeordnetenhauses beantragen die **Einsetzung eines Kriegsgerichtshofes**. Dieser soll urteilen über Feststellung der Verantwortlichkeit und die strafgerichtliche Verfolgung der höheren Führer und deren Organe im gegenwärtigen Kriege. Eine viergliedrige Kommission soll grobes Verschulden bei der Führung der Truppen oder andere schwere Verstöße, insbesondere die Schuld am Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Wehrmacht im Herbst 1918 prüfen. Die Mitglieder und Ersatzmänner der Kommission dürfen der Nationalversammlung nicht angehören.

Großbritannien.

✖ In einem **Wahlaufruf der englischen Sozialisten** geben diese ihrer Überzeugung Ausdruck, daß sich die revolutionäre Bewegung auch in England bemerkbar machen werde. Die Sozialisten fordern sofortige Aufhebung der Blockade der deutschen Häfen und Verzichtleistung der Entente auf jeden wirtschaftlichen Druck gegenüber Deutschland, da ein solcher nur darauf berechnet sei, die revolutionäre Bewegung der Arbeiter zu vernichten. Es sei ferner klar, daß die alliierten Regierungen entschlossen sind, die Revolution der verzweifelten Völker Europas zum Scheitern zu bringen oder zu unterdrücken. Das sei ja, wie die reaktionäre Presse übrigens offen erklärt, der wirkliche Zweck der Invasion Rußlands durch die alliierten Mächte, sowie der den Deutschen auferlegten harten Waffenstillstandsbedingungen, der Auslieferung der Flotte und der Aufrechterhaltung der Blockade.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 19. Dez. Der Wahlgesetzentwurf zur preußischen Nationalversammlung ist fertig und wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Berlin, 19. Dez. In dem Befinden des an Lungenentzündung erkrankten Kultusministers Adolf Hoffmann ist eine geringe Besserung eingetreten. Die Lebensgefahr ist noch nicht beseitigt.

Rostock, 19. Dez. Die Herzogin Adolf Friedrich wurde am 17. Dezember von einer gesunden Tochter entbunden. Zu der großen Schwäche der Herzogin trat Lungenentzündung und Rippenfellentzündung hinzu, so daß sie in Rostock gestorben ist.

Görlitz, 19. Dez. Von den hier internierten 4000 Griechen haben bereits 2000 das Lager heimlich verlassen und sich auf die Heimreise gemacht.

Wien, 19. Dez. Warschauer Meldungen zufolge sind polnische Truppen unter General Haller in Danzig gelandet worden. Die Armee soll 50 000 Mann stark sein.

Bern, 19. Dez. Der Schweizerische Nationalrat hat mit 59 gegen 9 Stimmen das Gesetz über die Proportionalwahlen zum Nationalrat angenommen.

Zürich, 19. Dez. Die Schweizer Blätter melden aus Holland, es bestätige sich, daß der Zustand der Exkaiserin lebensgefährlich ist. Das alte Herzleiden habe sich weiter verschlimmert.

Haag, 19. Dez. „Telegraaf" hält das Eingreifen Frankreichs und Englands bei weiteren Unruhen in Portugal für unvermeidlich, da diese eine Anarchie in Portugal und Spanien nicht dulden könnten.

Haag, 19. Dez. Das Ministerium des Äußern teilt mit, daß die Vereinigten Staaten Holland 100 000 Tonnen Steinkohle zugesagt und fünf holländischen Schiffen die Erlaubnis erteilt haben, sofort mit Kohlenladungen nach Holland abzufahren.

Madrid, 19. Dez. In Barcelona, Bilbao und anderen Städten kam es zu ernsten Unruhen, es gab Tote und Verwundete. Romanones schlug dem König die Aufhebung des Parlaments vor. Über Katalonien wurde der Kriegszustand verhängt.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 21. Dezember.

Sonnenaufgang	8^{11}	Monduntergang	10^{07} V.
Sonnenuntergang	3^{46}	Mondaufgang	8^{29} N.

1853 Schriftstellerin Isolde Kurz geb. — 1890 Dänischer Komponist Niels Wilhelm Gade gest. — 1915 Eroberung des Hartmannsweilerkopfes durch die Franzosen. — Der Reichstag bewilligt zehn Milliarden Mark Kriegskredit.

□ **In Erwartung.** Trotz der Schwere der Zeit lebt auch in diesen Tagen Groß und Klein in einer selig-süßen Stimmung der Erwartung: das Weihnachtswunder will wieder einmal unter uns erstehen, und wie wir uns auch sträuben mögen, was unser Herz auch an Wünschen und Sorgen bedrücken mag, wir erliegen allesamt dem seltsamen Zauber dieser Tage. Wir freuen uns auf die strahlenden Kinderaugen, die unter der Tanne aufleuchten, wir werden jung und frohgemut in dem Gefühl des Schenkenkönnens, wir leben in der Erwartung, daß uns der Zauber der Weihnacht für armselige Stunden hinausführt aus der Enge des Tages, daß die Innigkeit des Festes für Augenblicke zur Einkehr und Selbstbesinnung kommen läßt. Und da werden die Erwartung und Sehnsucht, die unsere Herzen schwellen, zu Tatsachen des Weltgeschehens. Wann hätten wir inbrünstiger auf das Wunder gehofft, das uns aus Not und Trübsal führen soll, als in diesen Tagen, da Deutschland seine schwerste Krise durchlebt! Wann wäre unsere Sehnsucht größer gewesen, das Land unserer Geburt frei und groß zu sehen unter den Völkern. Ach, wie oft wird in der Weihnacht die Erwartung sehnsüchtiger Kinderherzen enttäuscht! Wie oft wird auch unser Hoffen betrogen. Wir harren in diesen Tagen auf das Weihnachtswunder, das uns den Glauben wieder gibt an Deutschlands Zukunft. Und daß es uns kommt, des sind wir auch in diesen Tagen trotz aller Schwere, die auf uns lastet, froher Zuversicht.

Durch Nacht zum Licht.

Die alte Fahne sank zerfetzt zu Grund,
Des Adlers starke Schwingen sind gebrochen,
Das deutsche Herz ist matt und todeswund. —
Das Schicksal hat den Richterspruch gesprochen:
„Du trägst die Schuld, du ließt dich selbst im Stich,
Weil du die Treue brachst, verwarf ich dich!"

Nun müssen wir durch dunkle Täler gehn,
Gebeugten Hauptes unter Sklavenketten,
Die Frage quält: Gibt es kein Auferstehn?
Kann nichts uns aus der tiefen Qual erretten?
Sind wir durch alle Ewigkeit verdammt?
Und ist kein Stern, der uns am Himmel flammt?

Wie war es doch? Was machte uns einst groß
Und ließ uns Wunder — unerhört vollbringen?
Warf unserm Volk der Zufall in den Schoß
Der Siege stolze Zahl im Völkerringen,
Bis wir in Friedensträume uns gewiegt
Und nicht der Feind, — doch wir uns selbst besiegt?

Ein leuchtend Wort, das auf der Fahne stand,
Der wir Jahrhunderte Gefolgschaft waren, —
Ein Wort, das Todesnöte überwand,
Soll mit der Fahne nicht zu Grunde fahren:
Das Wort führt höhenwärts durch Nacht zum Licht,
Zur Quelle neuen Lebens und heißt: „Pflicht"!

Hans Felgenhauer von und zu Riesa,
Berlin-Tempelhof.

Weihnachtserinnerung.

Als wir vor vielen, vielen Jahren
Noch drängten uns im Elternnest,
Als wier noch kleine Kinder waren,
Wie schön war da das Weihnachtsfest.

Schon wochenlang vorher das Raunen,
Das Kichern und das Heimlichtum;
Bald gabs zu Lachen, bald zu Staunen,
Es blieb uns keine Zeit zum Ruh'n.

Der Vater, würdevoll wie immer,
Nahm ernst das Leben, wie es Pflicht,
Doch Mutt'chen lag der Weihnachtsschimmer
Schon auf dem lieben Angesicht.

Der Abend kam, es naht die Stunde,
Die Frieden aller Welt gebeut,
Vom Himmel tönt' der Engel Kunde:
„Der Heiland ward geboren heut"!

Wir sangen frohe Weihnachtslieder
Und freuten uns am Lichterschein,
Die Mutter mußte immer wieder
Erzählen uns vom Christkindlein.

Die Zeit ging hin, des Schicksals Mächte
Sie griffen streng in unser Herz;
Viel Tränen gabs, viel bange Nächte, —
Doch nie mehr so ein Weihnachtsfest.

E. H.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 22. Dezember (4. Advent), vormittags um 9 Uhr Beichte und hlg. Abendmahl. Um 9½ Uhr Anfang des Gottesdienstes.

Dienstag, den 24. Dezember, nachmittags um 5 Uhr findet in herkömmlicher Weise eine Christnachtsfeier statt.

Am 1. und 2. heiligen Weihnachtsfeiertage beginnt der Festgottesdienst vormittags um 9½ Uhr

Evangelisch-altlutherische Kirche in Herischdorf.

Sonntag, den 25. Dezember, vormittags um 9½ Uhr Predigt und hlg. Abendmahl in Langenau. P. Kuhlman. Vormittags um 9½ Uhr Gottesdienst in Herischdorf.

Dienstag nachmittag 5 Uhr Christnachtfeier in Herischdorf.

1. Weihnachtstag. Vormittags um 9½ Uhr Predigt und hlg. Abendmahl, Beichte um 9 Uhr in Herischdorf. P. Kuhlmann. Nachmittags 3 Uhr Predigt in Querbach.

2. Weihnachtstag. Vormittags 9½ Uhr Predigt und hlg. Abendmahl in Schosdorf.

Christliche Gemeinschaft (innerhalb der Landeskirche.

Sonntag, nachmittag ½5 Uhr, Versammlung Deutsche Kolonie 4 und Donnerstag nachmittag 4 Uhr Bibelstunde, Villa Horter, Salzbrücke 1 Treppe.

Für Kenner: **Trosteinsamkeit**, Gedicht von Elsa von Wehren, Zweifarbig auf Bütten gedruckt. Schönes Geschenkwerk. Ladenpreis 3 M **Eva**. Eine Herzensgeschichte. Roman von Elsa von Wehren Broschiert 3,30 Mk., gebunden 4 Mark und 8 Mark. Vorrat nahezu vergriffen.

Verlag Baß & Co,
Leipzig, Talstraße 23 I.

Leben unsere Toten? Sehen wir sie wieder?

Das aktuellste und billigste Buch für solche, die Leid tragen. Gegen Einsendung von **1,30 Mk. postfrei** zu beziehen durch
Leipziger Verlags- & Kommissionsbuchhandlung, Basz & Co., Leipzig, Talstraße 23.

Bezugs-Scheine
A2 und B1 hält
wieder vorrätig
P. Fleischers Buch

Bekanntmachungen.

1. Am Sonnabend, den 21. d. Mts., vormittags, findet eine Ausgabe von

Kerzenmarken

in nachstehender Reihenfolge statt: für Haushaltungskarte

Nr. 1—300 vormittags 8—9 Uhr
„ 301—600 „ 9—10 „
„ 601—900 „ 10—11 „
„ 901—E. u. Gutsb. 11—12 „

Kerzenmarken können wegen der knappen Zuteilung nur für Stubenbeleuchtung ausgegeben werden und zwar nur an diejenigen Haushaltungen, die über Gas und elektrisches Licht nicht verfügen. Zwecks glatter Abwickelung der Ausgabe wird erneut auf ordnungsmäßiges Antreten aufmerksam gemacht. Die Marken tragen ein blaues Gemeindesiegel und die Nr. des Kaufmanns, bei dem die Kerzen abgeholt werden können. In Frage kommen nur nachstehende Kaufleute: Zim[illegible], Rasch Nr. 2, Schütz Nr. 3, Seidel Nr. 4. Die Marken sind sofort einzulösen. Die Kaufleute haben die abgenommenen Marken bis 30. Dezember mit den vorgeschriebenen Monatsnachweisungen in der Ortskanzlei abzugeben.

---

2. **Kohlenversorgung.**

Sonnabend, den 21. d. Mts. findet ein Verkauf von Kohlen im Gemeindeamt statt, und zwar:

für Haushaltungskarten Nr. 1—300 vorm. von 8—9 Uhr
301—600 „ „ 9—10 Uhr
601—900 „ „ 10—11 Uhr
901—Ende u. G. 11—12 Uhr.

Aufgerufen werden die Kohlenmarken Nr. 25, 35. Preis für den Ztr. 2,85 M. Die Haushaltungskarte ist vorzulegen und passendes Geld ist mitzubringen.

---

3. Die alsbaldige Aufstellung der

Wählerlisten zur Nationalversammlung

ist angeordnet worden. Zur Erlangung genauer Unterlagen werden Haushaltungslisten ausgegeben, die am Sonnabend, den 21. d. Mts., den Hauswirten bezw. deren Stellvertretern zugestellt werden. Diese werden gebeten, die Listen an die einzelnen Haushaltungen zu verteilen. Die Haushaltungsvorstände werden gebeten, in die Listen sämtliche zu ihrem Haushalt gehörigen hier wohnhaften Personen, einschl. der Militärpersonen, einzutragen und die ausgefüllten Listen dem Hauswirt wieder abzugeben. Wer in der Haushaltungsliste nicht aufgeführt ist, wird bei der Ausfüllung der Wählerliste übergangen. Es wird daher auf die genaueste Ausfüllung der Listen zur Vermeidung von Fehlern bei der Aufstellung der Wählerliste besonders hingewiesen.

Die Listen werden am Montag, den 23. d. Mts., bei den Hauswirten wieder abgeholt und wollen rechtzeitig bereitgehalten werden.

Warmbrunn, den 20. Dezember 1918.

Der Gemeindevorstand.
J. V.: gez. P. Anforge.

Nach Gottes unerforschlichem Ratschluß verschied am 18. Dezember d. J., abends ½9 Uhr, nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser heißgeliebter, treusorgender Vater, unser lieber Bruder, Onkel, Vetter und Schwager, der

Kgl. Pr. Major a. D.

Karl Reichsfreiherr v. Friesen

im Alter von 60 Jahren.

Herischdorf i. R.,
19. Dezember 1918.

In tiefer Trauer!

Marie Reichsfreifrau v. Friesen, geb. v. Ludowig,
Dipl.-Ing. Harry Reichsfreiherr v. Friesen, Leutnant d. R. im 1. K. S. Jäg.-Batl. Nr. 12,
Karoline Schulz, geb. Reichsfreiin v. Friesen,
Bernhard Reichsfreiherr v. Friesen,
Maria Reichsfreiin v. Friesen,
Maxa Reichsfreiin v. Friesen,
Carl Reichsfreiherr v. Friesen, Fahnenjunker im Kürassier-Regt. v. Driesen (Westf.) Nr. 4,
Giesbert Reichsfreiherr v. Friesen, Großherzogl. Oldenb. Ober-Kammerherr, Exzellenz,
Florence Reichsfreifrau v. Friesen, geb. Smith,
Ella Reichsfreifrau v. Friesen, geb. Freiin v. d. Recke,
Maxa v. Altenbockum, geb. Reichsfreiin v. Friesen,
Georg v. Altenbockum, Rittmeister a. D.
Minette Freifrau zu Inn- u. Knyphausen, Gräfin v. Bodelschwingh-Plettenberg.

Beerdigung: Sonnabend, den 21. Dezember 1918, nachmittags 2 Uhr, von der evangelischen Kirche.

Wanderer!

Unserer werten Kundschaft empfehlen wir

Zum Feste

verschiedene Sorten

Kapel.

In Konservenbüchsen:

Gurken, Salat, Weiß-Kohl, Zwiebeln, Zucker-Rüben, Mohr-Rüben, Kohl-Rüben, Grün[illegible] usw.

August Palte

Gemüsehandlung,
[illegible]

Drei gute neue **Damen-Fahrräder** zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

1 freundl. Wohnung

2. Treppen, mit Alkoven, Küche, Balkon, elektr. Licht, Kochgas, an einzelne Damen zum 1. 4. 19 zu vermieten.
Herischdorf, Villa Erika,
Agnes Schädel.

Zwei möblierte

Zimmer

mit Küche zu mieten gesucht.
Angebote unter Z 2 an die Geschäftsstelle dieser Ztg.

Brennholz,

fast trockenes in Schwarten und Knüppel, sowie gelbe

Speisekohlrüben

gibt billigst ab.
P. Winkler, Herischdorf,

Weihnachts-Kerzen

unverbrennbar D. R. P. eine Zierde für den Christbaum, können jedes Jahr wieder verwendet werden.
Preis per Dutzend M. 7,50
Brennstoff hierzu Mark 1,50, franko gegen Nachnahme.
E. Dietrich, Lauban, Postfach 81.

Habe mich in Herischdorf i. Rsgb., Charlottenhaus,

als Arzt

niedergelassen. Sprechstunden dortselbst vormittags 8—10, nachm. (außer Sonntag) 3—4 Uhr.

Hans Krancioch, prakt. Arzt.

Wohnung: Cunnersdorf Rsgb., Villa Stabrin.

Hotel „Weißer Adler" Warmbrunn.

Sonntag, den 22. Dezember, abends 8 Uhr:

„Bunter Abend"

veranstaltet von ersten Künstlern des Hirschberger Stadttheaters.

Rezitationen, Gesang, heitere Vorträge, Duette.

Preise der Plätze: Sperrsitz 2,50, 1. Platz 1,75, 2. Platz 1,00 Mk.
Vorverkauf bei Buchhändler Leipelt.
Militär Ermäßigung an der Abendkasse.

Bis zur

Weihnachts-Gelegenheit

Ohne Bezugschein!

Damen-Strümpfe
Herren-Socken
Kinder-Strümpfe
Füsslinge
Wirtschafts-Schürzen
Zier-Schürzen
Mädchen-Schürzen
Knaben-Schürzen
Damen-Hemden
Damen-Beinkleider
Damen-Untertaillen
Taschentücher
Leder-Taschen
Perlen-Taschen
Moiree-Taschen
Theater-Beutel.

Kaufhaus

R. Schüller,

Hirschberg,

Telefon 148. Bahnhofstr. 58 a.